



Demokratie.
Macht.
Zukunft.

Gegen Armut und für gesellschaftliche Teilhabe – die Bedeutung der EU für ein soziales Europa

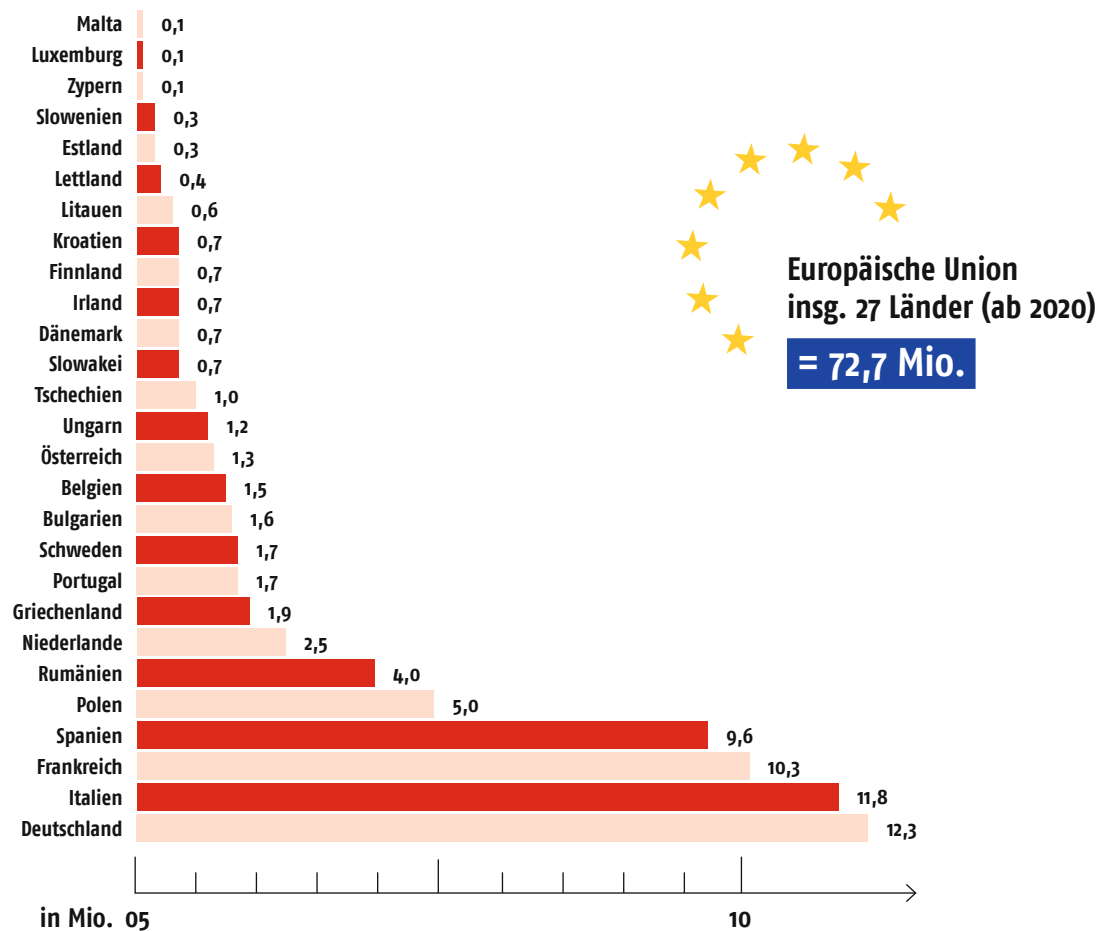
Die Europäische Union ist ein Binnenmarkt und viele ihrer Mitgliedstaaten eint eine gemeinsame Währung. Waren, Devisen und auch Arbeitnehmer*innen bewegen sich frei über Grenzen hinweg – für Unternehmen und Investor*innen ist die EU bereits ein Raum großer Freiheit. Doch während wirtschaftliche Freiheiten weitgehend verwirklicht sind, ist die EU noch lange kein Raum gleicher sozialer Rechte. Die Lebensbedingungen unterscheiden sich stark zwischen den Staaten. Auch innerhalb der Staaten besteht weiterhin große Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Ein zentraler Baustein in der Armutsbekämpfung in Europa sind die nationalen Systeme der Mindestsicherung der Mitgliedstaaten, die mit einem Mix aus monetären Transfers und Sachleistungen allen Menschen in der EU ein menschenwürdiges Leben ermöglichen sollen. In vielen Staaten erreichen die Mindestsicherungsleistungen bisher allerdings noch kein armutsfestes Niveau. Das gilt auch für Deutschland.

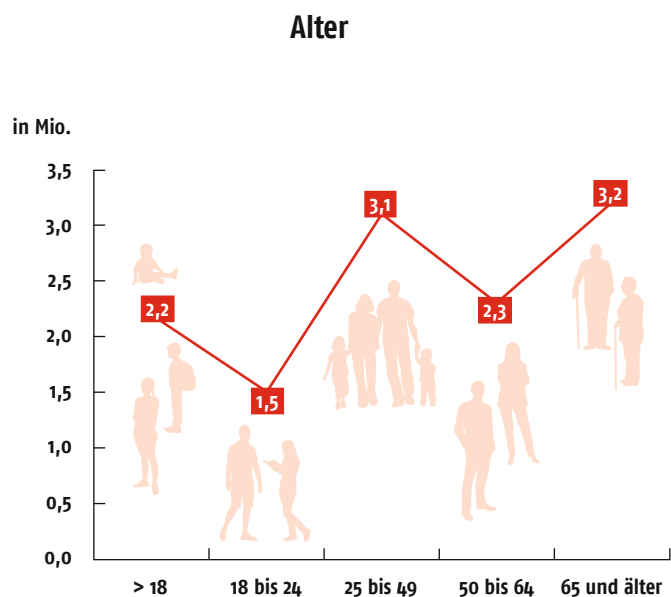
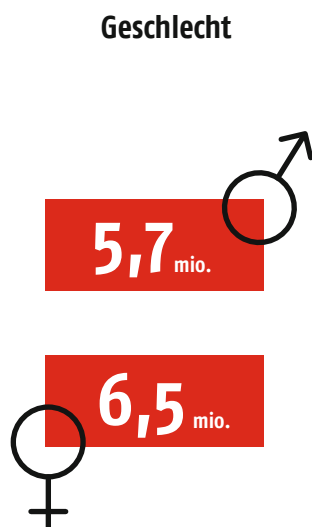
Wie steht es um Armut und soziale Ungleichheit in der EU?

Für die EU und ihre Mitgliedstaaten stellt Eurostat, die statistische Behörde der EU, Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen der Bürger*innen zur Verfügung. Dort finden sich auch Informationen zur Anzahl armutsgefährdeter Personen. Nach einer europäischen Konvention liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei 60 Prozent des verfügbaren mittleren Einkommens eines Mitgliedstaates. Dieser Konvention liegt ein relativer Armutsbegriff zu Grunde. Demnach gilt als armutsgefährdet, wer über so geringe finanzielle Mittel verfügt, dass er*sie droht, von der üblichen Lebensweise in einer Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Wie viele Menschen in Europa trifft Armut und welche Gruppen der Gesellschaft haben überdurchschnittlich oft zu geringe finanzielle Mittel, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und soziale Teilhabe zu realisieren?

Menschen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle in der EU und ihren Mitgliedstaaten*



Armutsgefährdung in Deutschland*



Die Zahlen zeigen: Viele Millionen Menschen in der EU und ihren Mitgliedstaaten sind davon bedroht, von der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Die Gründe dafür sind vielfältig: Erwerbslosigkeit, Care-Arbeit, Krankheit oder Behinderung, Erwerbsunfähigkeit aufgrund fortgeschrittenen Alters und oft auch zu geringe Löhne. Aber was kann die EU konkret tun, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen?

Unsere Forderung: Eine Rahmenrichtlinie für nationale Mindestsicherungssysteme

Die Ausgestaltung der Mindestsicherungssysteme liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten – das sollte und wird auch in Zukunft so bleiben. Auf europäischer Ebene setzt die AWO sich daher für eine verbindliche Rahmenrichtlinie ein, um europaweite Mindeststandards an die nationalen Systeme zu definieren und monetäre Armut besser bekämpfen zu können. Aus Sicht der AWO muss die Richtlinie für die Ausgestaltung der Mindestsicherungsleistungen drei zentrale Kriterien erfüllen. Sie muss:

- eine **armutsfeste Ausgestaltung der Mindestsicherungsleistungen** sicherstellen,
- einen **universellen und stigmatisierungsfreien Zugang** zu den Mindestsicherungsleistungen fördern und
- **aktivierende und befähigende Arbeitsmarktmaßnahmen** für erwerbsfähige Personen enthalten.

Mehr Informationen finden sich in unserem AWO-Positionspapier:

[Armutsfeste Systeme der Mindestsicherung in der EU.](#)

* Grafiken: Eigene Darstellung, Quelle: Eurostat. Anzahl armutsgefährdeter Personen in Millionen, gerundet auf eine Nachkommastelle. Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2022. Als armutsgefährdet gilt, wer in einem Haushalt lebt, der über weniger als 60% des medianen äquivalenzgewichteten Einkommens nach Sozialleistungen verfügt. Das Geschlecht wurde binär erhoben.



Unterstützt durch die



Mehr erfahren unter:

europawahl2024.awo.org